

# Wer hat das Wort? Einige Gedanken zur Politik des demokratischen Gesprächs

Anmerkung: Dieser Text folgt weder wissenschaftlicher Methodik noch Zitierpraxis. Ich referenziere nur Primärquellen, zumeist aus dem Internet, und dies nicht erschöpfend. Meine Perspektive ist die eines hauptsächlich in der BRD arbeitenden und lebenden weißen Künstlers.

## Die Gesellschaft der Redenden

Im Februar 2012 verbrannte die EU eine Viertelmillion Euro mit einem Werbespot. Das auf junge Erwachsene ausgerichtete Video zeigte eine *weiße* Frau in blau-goldenem Sportdress, dessen Design dem populären Hollywood-Rachefilm „Kill Bill“ entlehnt worden war. Die Handlung des achtzigsekündigen Clips: In einer leeren Lagerhalle wird die Protagonistin nacheinander von einem plötzlich von der Decke springenden und Kung-Fu-Tritte austeilenden chinesischen, einem über den Boden heran schwebenden säbelschwingenden orientalischen<sup>1</sup> und einem die Tür eintretenden und Capoeira tanzenden schwarzen Mann konfrontiert. In Antwort auf ihre Bedrohung durch die drei *Fremden* atmet sie tief ein, streckt die Arme zu Seite und klont sich elf mal zu einem Kreis um die Angreifer. Die so plötzlich von einer Überzahl Umzingelten stecken ihre Waffen ein und lassen sich gemeinsam mit den zwölf goldenen Klonfrauen in einem Sitzkreis nieder, in welchem sich die drei Aggressoren buchstäblich in Luft auflösen, während die Klone sich in die Sterne der EU-Flagge verwandeln. Nach vehementen Protesten wegen rassistischer Stereotype zog die EU-Kommission den Clip mit dem Titel „Growing Together“ eine Woche nach Veröffentlichung zurück<sup>2</sup>.

Das Video wandelte die kulturelle Trope, nach den verheerenden Weltkriegserfahrungen des 20. Jahrhunderts in Europa Konflikte lieber auf nicht-kriegerische Art zu lösen, in ein Selbstbild zivilisatorischer Überlegenheit um. Die von der Rückspiegelung ihrer eigenen rassistischen Assimilationserzählung überraschten Videomacher hatten dabei vor allem diese eine Botschaft avisiert gehabt: Wenn wir nur alle friedlich und als Freunde miteinander reden, dann lösen sich unsere Konflikte in Harmonie auf<sup>3</sup>. Der doppeldeutige Slogan am Videoende lautete: „The more we are, the stronger we are“, und die Ambiguität von gepriesener Assimilation des Fremden in einer *weißen* Klonesellschaft und Bekräftigung des Zusammenstehens gegen äußere Bedrohungen war Programm: Mit dem Video sollte für die Osterweiterung der Festung Europa geworben werden.

Das kulturelle Motiv einer pluralen Gesellschaft der miteinander und sich selbst identischen Redenden bemäntelte nicht nur die diplomatischen Machtkämpfe der EU-Mitgliedsstaaten und die kapitalistische Konkurrenzlogik ihrer Gesellschaften, es bildet tatsächlich einen nicht unerheblichen Teil des Selbstverständnisses zivilgesellschaftlicher Initiativen, Unternehmungen kultureller Bildung und auch der Kunstproduktion und -förderung: Das Stimme-Geben, das Zu-Wort-Bringen und im Weiteren die plurale Aufstellung und In-Kurs-Setzung von möglichst diversen Äußerungen und Erzählungen – so das Narrativ – garantiert und befördert die Weiterentwicklung ebenso wie die Stabilität „unserer Demokratie“. Die Repräsentation der am Gespräch Beteiligten als möglichst ähnlich oder möglichst unterschiedlich variiert dabei je nach Kontext und sozio-ästhetischen Prämissen.

- 1 Laut einer Pressemitteilung des verantwortlichen Generaldirektors der EU-Kommission, Stefano Sannino, sollte die Figur einen Meister der südindischen Kampfkunst Kalaripayattu darstellen. Tatsächlich handelte es sich eher um eine verschiedene Orient-Klischees vermischende Fantasie, deswegen verwende ich hier dieses Attribut.
- 2 Die Pressemitteilung zu dem Vorfall war veröffentlicht im Pressebereich der entsprechenden Abteilung der EU-Kommission unter der URL [http://ec.europa.eu/enlargement/press\\_corner/whatsnew/news/120306\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enlargement/press_corner/whatsnew/news/120306_en.htm). Mittlerweile sind alle Kommunikationen vor 2015 dort gelöscht, ein Reupload des Videos mit dem Text der PM findet sich aber bspw. unter <https://www.youtube.com/watch?v=dkGtQ6khnaA> (Stand: 11.7.2019).
- 3 Sannino in der erwähnten Pressemitteilung: „The clip [...] ended with all characters showing their mutual respect, concluding in a position of peace and harmony.“

Zum „Wir“ dieses großen Diskurses gehören dabei all und nur jene, die sich an die „Spielregeln der Demokratie“ halten. Gewöhnlich wird es als unnötig betrachtet zu explizieren, was genau denn diese Regeln des demokratischen Spiels seien. In der BRD sind damit im Zweifelsfall die in den ersten 19 Verfassungs-Artikeln niedergelegten Grundrechte gemeint, auch wenn diese zum größeren Teil eigentlich das Verhältnis von Staat und Bürger\*innen regeln sollen und nicht das Verhalten der letzteren untereinander. Der Verweis auf besagte „Spielregeln“ fungiert deswegen oft als Ordnungsruf, der das Einschreiten der Exekutive androht. Jenseits dieses *Ernstfalls* ist die Auslegung der diskursiven Regeln im kulturellen Raum jedoch nicht zuletzt wegen ihres normativen Charakters Gegenstand eines ständigen Metadiskurses, der sich durch alle möglichen performativen Genres windet – von der Moralität über das Spiegelfechten bis zur Clownerie.

Apologet\*innen des *Großen Gesprächs* stellen in der Regel die Möglichkeit von Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen durch Teilnahme an der öffentlichen Rede *über* dieses Geschehen als seinen Hauptwert heraus. In der verkürztesten Form wird das organisierte Reden von Bürger\*innen so als eine Art rituelle Ableitung des parlamentarischen Disputs verstanden – als ein Akt demokratischer Vorstufenpolitik, der legislative Macht durch die diffuse therapeutische oder pädagogische Hoffnung ersetzt, die Beteiligten und ihr Publikum kämen durch das gemeinsame Gespräch zu mehr Verständnis von- und Respekt voreinander. Reden wird hier zu einem pazifizierenden Vorgang, in dem es weniger eine Rolle spielt, worüber konkret gesprochen wird, sondern an dem wichtig vor allem ist, *dass* es geschieht.

Um dieses Konzept herum hat sich eine ganze Industrie der Gesprächsproduktion und -kuratierung entwickelt. Neben den Institutionen der „4. Gewalt“ wie Zeitungsdebatten und Talkshows entstammen die entsprechenden Formate dafür mehrheitlich privatwirtschaftlichem Personalmanagement: In „Open Spaces“, „World Cafés“, „Barcamps“, „Zukunftswerkstätten“ oder „Marktplätzen der Ideen“ üben seit den 80er Jahren die Teilnehmenden strukturierte Gesprächsoffenheit und eine Art demokratisches *Feeling* ein, in dem das ubiquitäre Konkurrenzverhältnis des Marktes sich so weit in die Organisationsform selbst zurückzieht, dass Raum für eine New-Age-Aura allgegenwärtiger Akzeptanz entsteht. Jenseits ihrer jeweiligen Ziele und Ergebnisse fungieren solche spielerischen Technologien vor allem als Verfahren zur Einübung von Selbststeuerung innerhalb eines marktdemokratischen Rahmens: Gespräch als Management.

Dies soll nicht heißen, dass die jeweiligen Ausprägungen des organisierten Miteinander-Redens nicht zugleich große Unterschiede aufweisen würden. Zwischen den agonistischen Spektakeln der großen Talkshows und der wertschätzenden Konsensdemokratie linker Neigungsgruppen liegen ebenso Welten wie zwischen der Beliebtheit vieler Open Spaces und den ordnungspolitischen Ansprüchen an „Reallabore“<sup>4</sup>. Auch ob ein mittels entsprechender Werkzeuge gestalteter politischer Partizipationsprozess letztlich tatsächliche Teilhabe der Bürger\*innen am Entscheidungsprozess bedeutet oder nur unabhängig davon durchgesetzte politische Entscheidungen überformt und validiert, also Feigenblatt ist, bestimmen die jeweiligen Kurator\*innen, Moderator\*innen, Beteiligten und Umstände. Gerade diese Unterschiede werden im Metadiskurs aber oft verwischt durch die geteilte Grundannahme, es wäre *vor allem* wichtig, überhaupt miteinander zu reden, ins Gespräch zu kommen, im Gespräch zu bleiben, das Gespräch nie zu verlassen oder zu verweigern, immer wieder – um es mit der schillerndsten Vokabel dieses Feldes zu sagen – *sich auszutauschen*. Die immer wieder neu zu beglaubigende Offenheit zum Austausch ist die charakterliche Grundausstattung der so angerufenen Subjekte.

---

4 Siehe zu letzteren das Dossier des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie unter <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/reallabore-testraeume-fuer-innovation-und-regulierung.html> (Stand: 7.7.2019).

## Integrationsdienstleistungen

Wenn Kultureinrichtungen davon sprechen, „sich öffnen“ zu wollen, so meinen sie damit in der Regel die Erschließung neuer Zielgruppen, die in den eigenen Produktionskreislauf integriert werden sollen – meist als Konsument\*innen, gelegentlich als Amateure, selten als Mitarbeiter\*innen. Argumentiert wird dies zumeist nicht ökonomisch, sondern über die eben beschriebene Bande gesellschaftlichen Austausches und demokratischer Repräsentation. Auch staatlich geförderte Kulturproduktion versteht sich deswegen mittlerweile mehrheitlich eher als Gespräch (bzw. eine Fülle von „Gesprächsangeboten“, die „eine Diskussion anstoßen“, „zum Nachdenken anregen“ oder „neue Perspektiven aufzeigen“ wollen) denn als Fertigungsstätte oder Umschlagplatz von Werken. Die Diskrepanz zwischen diesem Selbstverständnis und der Realität der eigenen Praxis beiseite gelassen, zeigt dies, wie sehr sich *Integration* zum Kerngeschäft kultureller Unternehmungen gemausert hat.

Im kulturellen Feld bildet sich damit ein Wandel ab, der weite Teile der bundesdeutschen Öffentlichkeit ergriffen hat. In dem Maße, wie die Entdemokratisierung des politischen Prozesses in den letzten Jahrzehnten die Rolle parlamentarischer Debatte ausgehöhlt hat, sind mit der „Digitalisierung“ neue diversifizierte Öffentlichkeiten entstanden, die mit ihren dezentrierenden Effekten die alten Vorstellungen einer durch Parteien und Gewerkschaften repräsentierbaren bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen. Staatliche Kulturförderung scheint in Reaktion darauf ihren Zweck zunehmend darin zu begreifen, geförderten Projekten und Initiativen eine Mittlerposition zwischen der imaginären Gesamtgesellschaft aller Marktteilnehmer\*innen und einer wachsenden Zahl von Anspruch auf Selbstrepräsentation und Diskurs-Teilhabe erhebenden identitären gesellschaftlichen Teilgruppen zuzuweisen.<sup>5</sup>

Das Schlagwort, unter dem diese integrative Aufgabe im Kulturbetrieb bevorzugt verhandelt wird, ist das der *Partizipation* – also eben der Teilhabe. Durch partizipative Formate lässt sich das Bedürfnis nach politischer Mitgestaltung gesellschaftlicher Prozesse übersetzen in die mehr oder minder symbolische Teilnahme an Kulturangeboten. Auch hier sind die Formen der Realisierung durchaus unterschiedlich – von den agonistischen Provokationen aktivistischer Kunst mit ihrer Bespielung der gewandelten Medienlandschaften bis zur „akzeptierenden“ Haltung kultureller Bildungsprojekte, von den pädagogischen Vermittlungsinitiativen großer Kulturinstitutionen bis zum „Farmen“ von Publikumsinteraktionen in den sogenannten Sozialmedien. Fast immer aber geht es darum, die jeweils realisierte Form der Teilhabe auch zu besprechen und in diesem reflektierenden Vorgang des *Feedbacks* einen Konsens der Besprechbarkeit herzustellen. Über diesen im Zuge der (politischen) Pädagogisierung des Kulturbetriebs etablierten Konsens stülpen sich die dort verankerten Praxen und Beschreibungsweisen zunehmend in andere gesellschaftliche Felder um. Ich möchte ein prägnantes Beispiel dafür geben, wie das integrative Vermittlungsparadigma in einem anderen Bereich zur Anwendung kommen kann – nämlich in der Arbeitsvermittlung.

Anfang 2018 machte „eines der aufstrebendsten Social Startups Deutschlands“ mit einer „Aufklärungskampagne“<sup>6</sup> von sich reden, die pro bono von der ihrem Umsatz nach zweitgrößten deutschen Werbeagentur Jung von Matt entworfen worden war. Das Startup *Social Bee* positionierte sich mit dieser Kampagne als „Integrationsdienstleister“ mit einem „Rundum-Sorglos-Ansatz“ für Unternehmen, die kürzlich nach Deutschland Geflüchtete als Zeitarbeiter\*innen einstellen wollten.

---

5 Der Prozess der Verlagerung politischer Repräsentation betrifft auch privatwirtschaftliche Kulturproduktion wie etwa das Feld der Werbung. So provozierte im April 2019 der zu rassistischen Ausfällen neigende Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer einen „Shitstorm“ um die Frage, ob die Auswahl von Prominenten in einer Werbekampagne der Deutschen Bahn in ihren Hautfarben angemessen die bundesdeutsche Gesellschaft „darstelle“.

6 Zitate hier und im Folgenden aus den Selbstbeschreibungen des Unternehmens unter <https://www.social-bee.eu>.

Das Non-Profit-Geschäftsmodell der Münchner gGmbH war und ist es, Geflüchtete anzustellen und via Arbeitnehmerüberlassung an interessierte Arbeitgeber auszuleihen. Während der Vertragsdauer sorgt *Social Bee* für die behördliche Betreuung der Vermittelnden, für Sprachkurse und Weiterbildungen, um nach ein bis anderthalb Jahren die so „vorqualifizierten Talente“, die erfolgreich „an die Gesellschaft heran[ge]führt“ und „fit für den deutschen Arbeitsmarkt“ gemacht wurden, in eine reguläre Ausbildung oder Festanstellung zu bringen.

Die Werbekampagne – bestehend aus Plakaten, mehreren kurzen Videos und der Homepage „employ-refugees.de“ – präsentierte vier Männer aus Afghanistan, Eritrea, Sierra Leone und Syrien mit Fragmenten ihrer Fluchtgeschichten. Diese wurden jeweils in eine typische „Stärke“ von Bewerber\*innen auf dem Arbeitsmarkt verdichtet: Stressresistenz, Teamfähigkeit, Zielorientiertheit, Belastbarkeit. Der übergreifende Claim der Kampagne, „soft skills can come the hard way“, vermittelte geschickt zwischen dem medial etablierten Narrativ entbehnungsreicher Flucht und dem ebenso etablierten Narrativ des Arbeitskräftemangels – zwei Erzählungen, die u.a. deswegen selten zusammenkommen, weil sie mit sehr unterschiedlichen Bildern von Menschen operieren. Als „Brückenbauer“ zwischen dem etablierten Bild von Geflüchteten als schwachen Opfern und den harten Anforderungen der „bunten“ deutschen Marktwirtschaft<sup>7</sup> zu wirken, war erklärtes Ziel des Unternehmens:

„Viele Geflüchtete erzählen uns, was sie durchgemacht haben und wie schlimm das war. Trotzdem sagen sie auch, wie stolz sie darauf sind, es geschafft zu haben. Die meisten sind wahnsinnig stark daraus hervorgegangen. Was für den Arbeitsmarkt eine echte Chance sein kann.“<sup>8</sup>

Das Beispiel von Social Bee macht deutlich, was im europäischen Gesprächskreis des eingangs beschriebenen Werbeclips vor sich gehen mag, welche Art von Alchimie das Eindringen von Fremden in die *weiße* Gesellschaft der EU-Klone in diskursives Wohlgefallen aufzulösen imstande sein soll. Die Kampagne wurde wegen ihres Verfahrens – der Reduktion von Fluchterfahrungen auf „selling points“ am Arbeitsmarkt – vielfach als zynisch kritisiert. Die Kritik betraf also vor allem die Frage, wie sich das Soziale an der Marktwirtschaft und ihrer Integrationspolitik diskursiv zu präsentieren habe. Vergleichswerte waren folgerichtig konkurrierende Weisen der In-Kurs-Setzung von Fluchtgeschichten in der deutschen Öffentlichkeit: aktivistische, journalistische oder künstlerische. Ohne hier auf die aufmerksamkeitsökonomischen Verwertungslogiken dieser alternativen Verfahren eingehen, sie moralisch einstufen oder ihren jeweiligen praktischen Nutzen für die Beteiligten abwägen zu wollen, lässt sich doch in der Rückschau ermessen, welche integrative Rolle (Selbst-)Erzählungen und ihrer Konsumierbarmachung in den Jahren der sogenannten „Flüchtlingskrise“ zugeschrieben wurde. Die Ankommenden mussten, sollten die wirkmächtigen Bilder von „Massen“, „Strömen“, „Wellen“ oder „Heeren“ von Menschen in solche überführt werden, die den individualistischen Mitgliedern einer pluralen Gesellschaft der Marktteilnehmenden kommensurabel erscheinen würden, nicht nur in den Ausländerbehörden vereinzelt, befragt und zum Reden gebracht werden, sondern auch im kulturellen Feld der deutschen Gesprächs-Öffentlichkeit – die dann über ihre Integrationsfähigkeit zu befinden hätte.

---

7 „Wir von Social-Bee glauben an eine vielfältige und bunte Gesellschaft, in der jeder eine Chance verdient hat“ (<https://www.social-bee.eu/ansatz>, Stand: 12.07.2019).

8 Firmen-Mitgründerin Zarah Bruhn zitiert in der Pressemitteilung der Kampagne, als Teil des Press-Kits der Kampagne hier verfügbar: [http://www.employ-refugees.de/wp-content/themes/softskills/presskit/press-kit\\_softskills\\_social-bee.zip](http://www.employ-refugees.de/wp-content/themes/softskills/presskit/press-kit_softskills_social-bee.zip) (Stand: 12.07.2019).

## Geteilte Geschichte

Der Kurs von Geschichten als anerkannter Währung im kulturellen *Austausch* ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen – vom Storytelling als Marketing-, Management- und Politikstrategie bis zur täglich fortzuschreibenden individuellen Story in den verschiedenen „sozialen Medien“, die sich in algorithmisierter Erinnerungsmechanik zur Geschichte der eigenen Online-Subjektivierung verdichtet. Im gesellschaftlichen Gespräch wurden im Zuge dieser Entwicklung neue Sprechorte jenen eingeräumt, die willens und in der Lage waren, ihren Teilhabeanspruch mit verständlichen und emotional gedeckten Geschichten dergestalt zu begründen, dass die eingesessenen Gesprächsteilnehmer\*innen erwarten konnten, ihre geteilte Rede durch diese neuen Geschichten ebenso *bereichert* zu sehen wie die geteilte materielle Ökonomie durch Verwandlung der nun mit Sprache versehenen Körper in bürgerliche Subjekte. Wer das Wort ergreift oder dazu aufgefordert wird und in Folge neu zum Kreis des geregelten demokratischen Diskurses hinzustößt, hat sich zu erklären.

Freilich bedeutet die Einladung oder Aufforderung zu sprechen noch lange nicht, dass man auch gehört wird oder, mehr noch, dass einer\*m auch zugehört wird. Lippenbekenntnis kann auch sein, andere sprechen zu lassen, ohne ihrer Rede Konsequenz zuzugestehen. Diskursive Gerechtigkeit stellt sich folglich nicht einfach über die Verteilung von Rederechten her, auch wenn das Mitredendürfen ein unbestreitbarer Fortschritt für z.B. diejenigen ist, die vorher nur als Träger\*innen körperlicher Abweichungen von einer impliziten Norm *besprochen* und angeschaut wurden, selbst aber keine Stimme hatten, nicht als „stakeholder“ am demokratischen Markt anerkannt wurden. Privilegien sind im großen gesellschaftlichen Gesprächskreis auch an der Freiheit erkennbar, keine Geschichte haben zu müssen, nicht erklärungsbedürftig zu sein, sich nicht *verständlich machen* zu müssen – eine Freiheit, die sich auch darin äußert, über andere Dinge sprechen zu dürfen als die eigene Identität. Außen vor bleibt allemal, wer nicht die sanktionierten Arten des darstellenden Sprechens erlernt hat und deshalb selbst auf Einladung gar nicht adäquat mitreden könnte. Für alle übrigen gilt: Abweichung von der Norm hat sich in einer *Erfahrung* dieser Abweichung niederschlagen, die erzählerisch belegt werden muss und alle folgenden Redebeiträge grundiert. So gibt es Deutsche, und es gibt „Deutsche mit Migrationshintergrund“ – letzteren wird ein Surplus an Geschichte zugeschrieben, ein *Prospekt*, das erzählend dargestellt werden muss, um den zumeist an körperliche oder sprachliche Merkmale gekoppelten Eindruck der Nichtzugehörigkeit auszugleichen.

Wenn wir uns an das inszenierte Bild von „Frieden und Harmonie“ aus dem Werbevideo der EU-Kommission erinnern, so ist das Eigentümliche an der Form des Sitzkreises, dass alle Beteiligten gleichermaßen über die leere Mitte des Gesprächs hinweg aufeinander schauen, während sie dem Rest der Welt den Rücken zuwenden – einem Rest, der allenfalls im Hintergrund der jeweils gegenüber Sitzenden ins Blickfeld geraten und durch ihre Anwesenheit repräsentiert werden mag. Welches Stück Welt das jeweils ist, hängt dabei nicht nur davon ab, inwieweit die Teilnehmenden am Gespräch keine identischen Klone sind, denen die Selbstinszenierung als exemplarisches Toleranzsubjekt, das bereit ist, mit jeder\*m zu sprechen, wenig abverlangt. Es wird wesentlich auch von der Position des imaginären Zentrums bestimmt, das den Kreis in der sozialen Landschaft verortet. Es ist von diesem Bild aus verständlich, wie wichtig es für die Beherrschung von Gesprächen nicht nur ist, die jeweils Teilnehmenden explizit auszuwählen oder implizit ihren Zugang zu regulieren, sondern über die Kuratation der Teilnehmenden vor allem auch die Position der *Mitte* der im Gespräch versammelten Gesellschaft festzulegen.

Eine Vergrößerung des Kreises durch neu hinzustößende Beteiligte vergrößert dabei automatisch die Distanz aller Anwesenden zu seinem Zentrum und erhöht so den argumentativen und performativen Aufwand für all jene, die den Eindruck erwecken wollen, von der Position eben dieser Mitte aus zu

sprechen. Das erzeugt bei diesen leicht Gereiztheit. Je öfter sich darüber hinaus neue Teilnehmende im Gespräch erzählend identifizieren und legitimieren, desto auffälliger wird es, wenn die das Gespräch Kuratierenden sich nicht ebenfalls durch eine Geschichte ausweisen, die ihre eigene Gesprächsteilnahme ex post begründen könnte. Diejenigen, die zur fortlaufenden Erzählung ihres identitären Sprechortes als Bedingung der Gesprächsteilnahme genötigt werden, mögen früher oder später diesen Spieß umdrehen und es sich verbitten, dass andere über sie sprechen, und so das Privileg der vermeintlichen Vertreter\*innen der „Mitte“ angreifen. Langsam aber sicher drängt so die Frage nach den *Spielregeln und Schiedsrichtern* des Gesprächs auf die Tagesordnung und damit auch die nach der Geschichte des Gesprächs selbst.

Damit werden jene neuralgischen Punkte sichtbar, die Bruchstellen im gesellschaftlichen Konsens der Majoritätsgesellschaft markieren, im *Einverständnis* der Kuratierenden über die Grenzen ihrer Toleranz und ihrem Anspruch auf Herrschaft über ihr<sup>9</sup> Gespräch. Diese Bruchstellen bilden eine imaginäre Grenze zwischen politischen Lagern, die derzeit oft unscharf als „links“ und „rechts“ oder (ebenso unscharf und in Anlehnung an den entsprechenden US-amerikanischen Diskurs) als „liberal“ und „konservativ“ benannt werden – eine Grenze, auf der die „liberal-konservative“ Regierung von Angela Merkel lange balancierte, um die Position der Mitte diskursiv zu besetzen. Der Kampf um die Definition des (Neo-)Liberalen und des (Neo-)Konservativen und ihre Formen der Produktion von Einverständnis ist essentieller Teil jenes Vorgangs, der seit Beginn der zweiten Dekade des Jahrtausends die politischen Landschaften der westlichen Demokratien umwälzt: Die Aufkündigung des Konsens' über die Regeln des Spiels und die Ausnutzung des Metadiskurses über das große gesellschaftliche Gespräch durch Teile der vermeintlichen Majorität zum Zweck des politischen „Kulturkampfes“ einer „konservativen Revolution“.

### Wortergreifung

„Wer die Macht ergreifen will [...], der muß sich durch seine Wortergreifung qualifizieren. Das Wort ergreift, wer glaubt, etwas sagen zu müssen. Und eine Wortergreifung führt nur dann zum Erfolg, zur Erhöhung durch den Souverän, wenn sie beachtenswert Neues zu Gehör bringt. Von der erfolgreichen Wortergreifung zur wirklichen Machtergreifung ist der Weg nicht mehr weit.“<sup>10</sup>

Reinhold Oberlercher, Aktivist im SDS und als der „Dutschke von Hamburg“ einer der Protagonisten der 68er Bewegung, Doktor der Philosophie, selbsternannter „Nationalmarxist“ und Leiter des neonazistischen Thinktanks „Deutsches Kolleg“, wo er gemeinsam mit Horst Mahler die „Reichsbürgerbewegung“ konzipierte, ist als Theoretiker der Wortergreifungsstrategie einer der wesentlichen Einflussgeber extrem rechter Strategien in der BRD. Praktisch erprobt in den linken Studentenrevolten der späten 60er Jahre des letzten Jahrhunderts, sollte die Einmischung in demokratische Gesprächsveranstaltungen es in der Folge auch Neonazis ermöglichen, „mit prägnanten Fragen oder Redebeiträgen auf sich aufmerksam zu machen und Zustimmung bei den Veranstaltungsteilnehmern zu gewinnen“<sup>11</sup>.

---

9 Dieser Machtanspruch äußert sich allerdings meist im ordnenden Eingriff in „unser“ Gespräch, also im *pluralis majestatis* der Demokratie.

10 Reinhold Oberlercher: Deutschlands Zukunft (1996). Publiziert online: <http://brd-ende.com/1996/05/deutschlands-zukunft/> (Stand: 15.07.2019). Mit dem zitierten „Souverän“ ist das „Volk“ gemeint.

11 Udo Voigt: Mit Wortergreifungsstrategie zum Erfolg – über das geistig offensive Auftreten im öffentlichen Raum. In: Deutsche Stimme Nr. 08/2003, S. 10. Der Politologe Voigt war von 1996 bis 2011 Bundesvorsitzender der NPD und etablierte Wortergreifung als wesentliche Strategie der „Neuen NPD“ im „Kampf um die Köpfe“.

Ein wesentlicher Hebel zur Erlangung des Rederechts in öffentlichen Diskussionen und Gesprächen ist dabei die demokratische „Spielregel“ der Meinungsfreiheit, die von extrem rechten Akteuren seit langem als Hebel benutzt wird, um „die Volksverräter mit ihren eigenen Waffen zu schlagen und ihre Veranstaltungen zur Plattform der nationalen Sache zu machen“<sup>12</sup>. Wird die Gesprächsteilnahme versagt, lassen sich die Gegner performativ erfolgreich als – um es mit einer Lieblingsvokabel der strategischen Scheindemokraten auszudrücken – „Heuchler“ markieren. Denn natürlich geht es nicht um Teilhabe am demokratischen Gespräch, sondern um die Vorbereitung der Machtergreifung im „vopolitischen Raum“. Um es mit den Worten eines weiteren Theoretikers der deutschen extremen Rechten auszudrücken: Das „Ziel ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform, nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache, nicht der Stehplatz im Salon, sondern die Beendigung der Party.“<sup>13</sup>

Der Strategie, demokratiefeindliche Positionen als valide Waren auf dem „Marktplatz der Ideen“ zu platzieren, wurden über die Jahre kontinuierlich argumentative Werkzeuge und inszenatorische Tricks hinzugefügt. So verfeinerte der eben zitierte rechtsradikale Verleger Götz Kubitschek bei einer Wortergreifung im Kulturpalast Dresden im März 2018 das Diktum des Großen Gesprächs, man müsse über alles reden, einerseits mit der rechten Erzählung einer angeblichen „Spaltung der Gesellschaft“ und Fragen nach deutscher Identität, andererseits mit dem Argument, es seien schließlich die radikalen Meinungen, die eine Diskussion überhaupt erst plural machten:

„Sind Sie nicht der Meinung, dass der Riss, der durch die Gesellschaft geht, unbedingt sein muss? Alles muss auf den Tisch. Wir müssen darüber reden: Was ist Wir, was ist nicht Wir. Wem gehört unsere Solidarität, wem gehört sie nicht. Was ist Meinungsfreiheit wirklich, was muss man wirklich ertragen. Nicht aus der Mitte heraus, sondern immer dort, wo es wirklich plural und an den Rand geht. Ich bin strikt dafür, dass der Riss noch tiefer wird, die Sprache noch deutlicher, noch konkreter wird.“<sup>14</sup>

Das Argument beschreibt ganz offen die Logik rechter Wortergreifung: Solange noch eine mehr oder minder liberale Diskurshoheit mit ihrer Verständnispolitik das Feld beherrscht, lässt sich durch Setzung immer radikalerer Positionen eine Verschiebung der Mitte erreichen, die sich notgedrungen moderierend zwischen den im Gespräch vertretenen Meinungen setzen muss, um sie, dem Prinzip des parlamentarischen Kompromisses folgend, miteinander zu vermitteln. Gleichzeitig wird der vorweg angenommene „Riss durch die Gesellschaft“ durch Provokation produziert, um ex post das einzige Bild einer Demokratie herzustellen, das für völkische Nationalisten plausibel ist: das des Bürgerkriegs. Im Falle eines Ausschlusses vom Gespräch erlaubt der Rekurs auf unterdrückte Meinungsfreiheit die Markierung der Kuration als undemokratisch und des eigenen Gesprächsinteresses als das von Verteidigern der Demokratie. Je nach Situation kann so schnell und flexibel zwischen der Figur von Vertreter\*innen der „schweigenden Mehrheit“ (der Mitte) und der einer unterdrückten Minderheit (dem Rand) hin- und hergewechselt werden – wobei letztere zudem der eigenen In-Group als „patriotische Elite“ mit vermeintlich natürlichem Führungsanspruch präsentiert werden kann.

So wie in den letzten Jahrzehnten ein signifikanter Teil extrem rechter Theoretiker und Milieuverwalter aus der radikalen Linken in die nationalistische Opposition wechselte, so dient auch die Übernahme ursprünglich linker Strategien, Theoriefragmente und Ästhetiken einerseits der Verbesserung der eigenen Kampffähigkeit durch die Kopie von „Erfolgsrezepten“, andererseits der

---

12 So formuliert unter dem Titel „Wir haben das Wort!“ in der Zusammenfassung einer Veranstaltung des „Nationalen Bildungskreises“ der NPD (2008): <https://junge-nationalisten.de/uncategorized/wir-haben-das-wort-eine-nbk-strategiesitzung-zum-thema-wortergreifungsstrategien-mit-m-gaertner-2/> (Stand: 16.07.2019).

13 Götz Kubitschek: Provokation! (2006), <https://sezession.de/6174/provokation/3> (Stand: 16.07.2019).

14 „STREITBAR mit Uwe Tellkamp und Durs Grünbein“. Redebeitrag in der Dokumentation unter <https://youtu.be/V6nSgCCZM2Q?t=1h44m55s> (Stand: 16.07.2019).

Camouflage und Verwirrung des erklärten politischen Hauptfeindes, des „Liberalismus“. Um zur oben zitierten „anderen Sprache“ zu gelangen, muss zuerst die alte zersetzt werden, und dies kann nur geschehen, wenn das Feld möglicher und erfolgreicher Wortergreifungen stetig ausgeweitet und differenziert wird – durch Aneignung und Umkehrung von Begriffen, Verschiebung der Grenzen des Sagbaren, Parodie, Travestie und Theatralisierung des Gesprächs als solchem. Diejenigen, die tatsächlich an einen mehr oder minder rationalen und authentischen „Austausch von Argumenten“ glauben, stehen diesen Strategien des *Hackings* gegenüber ebenso auf verlorenem Posten wie jene Technokraten, die die reinen Verfahren des Gesprächsmanagements bereits für einen demokratischen Diskurs halten:

„Was zu fürchten ist, ist nicht die brutale, provozierende Ideologie, die sich als solche selbst diskreditiert und damit selbst die Bedingungen für ihr Verschwinden und Ersetztwerden schafft; es ist die subtile, epidemische Ideologie, die mit der Zweideutigkeit ihr Spiel treibt und sich des Akzeptablen bedient, um das Schädliche durchzusetzen. Eine solche Ideologie ist aufgrund eben der Tatsache ununterdrückbar, daß sie sich maskiert. Sie beißt nicht, sie nagt.“<sup>15</sup>

Es gehört zu den performativen Evidenzen neurechter Strategieaneignung, dass diese Sätze des „Nouvelle Droite“-Theoretikers Alain de Benoist zugleich angewiderte Beschreibung „kulturellen Marxismus“ als auch der konkreten Methoden jener Adept\*innen sind, die sich auf ihn und seine Konzepte der „Metapolitik“ und des „Ethnopluralismus“ berufen. Tatsächlich bedient sich die instrumentelle Rechte beider diskursiver Methoden – des offenen direkten Angriffs und der Maskierung – in schnellem Wechsel, um die Zerstörung der Gesprächsgrundlagen zu befeuern. Ebenso nutzt sie im öffentlichen Gespräch parallel zu diesem taktischen Wechselspiel geschickt die inhärente Qualität von Sprache und Sprechen aus, neben sozialisierenden und anerkennenden zugleich auch gewaltförmige und verletzende Effekte zu haben, also Ausschlüsse ebenso produzieren wie sie auflösen zu können – ein Widerspruch, den pazifizierende Gesprächsansätze üblicherweise so klein wie möglich zu machen versuchen und dessen offensiver Bespielung sie oftmals erstaunlich hilflos gegenüberstehen. Dabei ist die performative Kampfstrategie extrem rechter Akteur\*innen im öffentlichen Diskurs recht einfach: Wenn sie attackieren oder vor ihrer Anhängerschaft zum Halali blasen<sup>16</sup>, sagen sie, was sie wollen. Wenn sie defensiv spielen, parodieren sie ihre Gegner\*innen.

In den „alternativen Medien“ und „sozialen Netzwerken“ des Internets haben sie dafür die idealen Infrastrukturen einer neuen Öffentlichkeit gefunden, in der sich Attacken auf die Konsensform des demokratischen Austauschs zu einer Art *Volkssport* entwickeln konnten. Die neue Partei des Diskursvernichtungswunsches, die „Alternative für Deutschland“, konnte mit Flankierung durch Straßenkampf, politisierte Mediennutzung und symbolischen Aktivismus teils offen faschistischen Positionen zu dem verhelfen, was sich die NPD Anfang des Jahrtausends vorgenommen hatte: einer neuen „Volksfront“<sup>17</sup> quer durch Parlamente, öffentliche und kulturelle Räume. Ihr Versprechen von Machtzuwachs zieht dabei jene Konservativen und Libertären in eine Kollusion, denen angesichts globaler Umordnung und Klimakatastrophe auch nichts besseres einfällt als Abschottung,

---

15 Alain de Benoist: Die Verwurzelung. In: Kulturrevolution von rechts, Jungeuropa Verlag, Dresden 2017, S.115.

16 Eine Auswahl führender AfD-Funktionäre. Alexander Gauland, 24.09.2017: „Wir werden sie jagen, wir werden Frau Merkel oder wen auch immer jagen, und wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen.“ Nicolaus Fest, 03.05.2018: „Wir sind nicht dazu da, Merkel zu jagen, sondern zu erlegen.“ Mike Moncsek, 12.01.2019: „Wenn ich sehe und wenn ich höre, wer sich da diese Positionen erarbeitet hat in den Parlamenten, dann sag ich euch, meine Freunde: Die müssen wir rausschlagen, und wir müssen sie jagen, und wir werden sie jagen und erlegen.“ Jan Zwerg, 14.07.2019: „Die Landtagswahl ist die Abstimmung darüber, ob Sachsen deutsch bleibt. [...] Die Jagdsaison ist eröffnet.“

17 Matthias Gärtner: Vorphilosophischer Raum – Strategie zur Aufgabendifferenzierung in der Volksfront von Rechts (2010), <https://junge-nationalisten.de/uncategorized/nbk-neues-strategiepapier-zum-thema-qvorphilosophischer-raum/> (Stand: 17.07.2019).



Absicherung und Verleugnung, die aber eigentlich guten Grund hätten, Kooperationen mit Faschist\*innen und Glaubenskrieger\*innen zu scheuen, deren Erzählung vom „Großen Austausch“ nichts mit einem „Marktplatz der Ideen“ anzufangen weiß, sondern nur mit seiner Abwicklung und Säuberung.

Man sollte meinen, dass diejenigen, die noch immer glauben, mit der öffentlichen Einbindung extrem rechter Protagonist\*innen in das Große Gespräch der Demokratie und seine angebliche „Streitkultur“ eine performative „Entzauberung“ vornehmen zu können, als handelte es sich bei deren Propaganda um eine Art *Fantasy*, gut daran täten, nach empirischen Belegen für diesen märchenhaften Vorgang zu suchen. Ein Bedürfnis nach liberaler Selbstinszenierung und kuratorischer Machtsicherung, das selbst davon nicht angefochten wird, dass jede Mitwirkung an der Integration menschenfeindlicher Positionen ins Gespräch konkrete Gewalt an einem anderen Ort befördert – und zwar sowohl im Fall eines diskursiven „Erfolgs“ extrem rechter Diskursbeteiligung (Normalisierung), als auch im Fall ihres „Misserfolgs“ (Vergeltung) -, könnte schließlich wenigstens von jenem Merksatz sich verunsichern lassen, den Reinhold Oberlercher seiner Aufarbeitung der „Strategie der permanenten Universitätsrevolte“<sup>18</sup> mit ihren Stationen von Mobilmachung, „Sturmangriff“ und „Diskussionsgestellungsbefehl“ voranstellte:

„[E]ine vollständige Wortergreifung fügt sich keiner Diskussion ein, sondern verfügt, wann, wo und wie diskutiert werden darf.“

Der Glaube an die magischen Effekte des demokratischen Sitzkreises, in dem sich mit genug gutem Willen zu Duldung und Bekenntnis Widersprüche in die Harmonie ihrer Unsichtbarkeit aufheben, entspringt jedoch nicht einem Mangel an Aufklärung über die Gefahren extrem rechter Politik – auch wenn seine kuratierenden Adept\*innen in der Regel nicht zu jenen gehören, die zuerst von rechter Gewalt und Terror betroffen sind<sup>19</sup>. Dieser Glaube ist vielmehr in einem Herrschaftsinteresse begründet, das sich ebenso wenig ausdiskutieren lässt wie der Glaube an die Besonderheit der „weißen Rasse“ oder jener an die fundamentale Gleichwertigkeit aller Menschen. Ob die Erzählung vom „Großen Austausch“ die eines pazifizierenden Geschäftsgesprächs, die eines Völkermords, die einer radikalen Umverteilung von Macht und Reichtum oder die des Beginns einer posthumanen Gesellschaft sein wird, lässt sich nicht im Gespräch unter Gleichen klären. Zwischen dem Glauben an Gleichheit um der Unterschiede willen, dem an Unterschiede um der Gleichheit willen und jenem an den ständigen Austausch beider als höchstem, ewig gleich neue Unterschiede produzierendem Wert wechseln die Regeln des Spiels nicht ihre Gestalt, aber ihre Bedeutung so sehr, dass Spielende sich nur im Missverständnis erkennen könnten. Und wie sollten wir Klone das ertragen.

*Dieser Text entstand für und wurde zuerst veröffentlicht in:*

Wimmer, M. (Eds.). (2020). Kann Kultur Politik? – Kann Politik Kultur?  
Berlin, Boston: De Gruyter. doi: <https://doi.org/10.1515/9783110682823>

18 Dieses und folgende Zitate aus Oberlercher: Die 68er Wortergreifung (1994), <http://brd-ende.com/1994/04/die-68er-wortergreifung/> (Stand: 14.07.2019).

19 Seit der Ermordung des hessischen CDU-Regierungspräsidenten Walter Lübcke durch einen AfD-Unterstützer im Juni 2019 kommen die Einschläge gleichwohl näher.